

Protest im sächsischen Landtage

Dresden, 3. Februar

Vor dem Eintritt in die heutige Sitzung des Landtages gab Präsident Prätorius folgende Erklärung ab:

Auch das sächsische Volk mit sein Landtag nehmen mit berechtigter Anteilnahme an den Verhandlungen über den Vertrag zwischen dem Reich und dem Völkerverbund teil. Der Landtag ist mit dem Reichsminister des Innern der Ansicht, dass diese Verhandlungen keine Grundlage zur Verhandlung und zur Verständigung bilden können. Schon eine teilweise Erfüllung dieser Forderungen ist unzulässig. Die sächsischen Abgeordneten werden die deutsche Industrie völlig lahmlegen und die herrschende Erwerbslosigkeit in Deutschland verschärfen und verlängern. (Sehr richtig) Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen.

Wir aber in Sachsen haben erst recht Ursache, gegen dieses Diktat zu protestieren. Unsere Industrie und Landwirtschaft sind mehr als die übrigen Teile des Landes auf die Kasernen angewiesen. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist uns angedroht worden, wir werden Schaden und Vermögensverlust erleiden. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen.

Während dieser Rede des Präsidenten hatte sich das Haus mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten, von den Wägen erhoben.

Man trat nunmehr in die Tagesordnung ein. Die kurze Anfrage nach dem Stand der Dinge in der Regierung wurde nicht in der Weise beantwortet, wie es die Forderung des Landtages war. Es folgte die 2. Tagesordnung: Die Kommunistische Anfrage zur Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage über die Durchführung der sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Die Protestbewegung

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)
Dresden, 3. Februar. Die in der Christlichen Volkspartei vereinigten Sonderbündler haben am Grund der Partei die Forderung der Wahlkampf eingeleitet. In einer Kundgebung an der Spitze der Wähler, führte die Partei aus, dass ihre christlichen Bemühungen, um Rhein eine Verbesserung der Verhältnisse anzubahnen, nunmehr ein allseitig beachtet werden. Für das deutsche Volk gebe es jetzt nur das eine Gebot, einzig zu sein und die Stellung der Reichsregierung zu stärken. Aus diesem Grunde halte es die Partei für ihre Pflicht, ihren unter der Leitung des Reichspräsidenten eingeleiteten Wahlkampf abbrechen und die bereits eingeleiteten Wahlkämpfe zurückziehen. Ihren Mitgliedern gibt die Christliche Volkspartei auf, sich am 20. Februar der Stimmabgabe zu enthalten.

Hamburg, 2. Febr. Die Hamburger Bürgerschaft wurde durch den heutigen Beschluss in Anwesenheit des verstorbenen Senats in einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die unerwünschten Forderungen des Reiches. Der Präsident richtete im Uhrzeigersinn mit allen Parteien, ausgenommen den Kommunisten, das Ersuchen an den Senat, die Reichsregierung in ihrem ablehnenden Standpunkt zu unterstützen.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Die amerikanische Kritik

Paris, 2. Febr. Die amerikanische Kritik an der Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Sie wollen es jetzt haben

Paris, 2. Febr. Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Mobilisation der Entente?

Frankfurt a. M., 3. Febr. Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Du sollst nicht richten

Man hat vor Gericht die Geschichte von Salomea erzählt. Sie war eine schöne Frau, die ihren Mann verließ und sich einem anderen Mann hingab. Die Geschichte ist ein Beispiel für die Folgen der Eitelkeit und der Leidenschaft. Die Geschichte ist ein Beispiel für die Folgen der Eitelkeit und der Leidenschaft.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Ein bemerkenswerter Anlauf
Berlin, 2. Febr. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat einen Anlauf in dem mit Rücksicht auf den Ernst der äußeren Lage die Wähler angefordert werden in der bevorstehenden Reichstagswahl für die sächsische Landtagswahl. Die Wähler sind aufgefordert, sich für die sächsische Landtagswahl zu entscheiden.

Die Entente verbietet
Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“
Wien, 3. Februar. Die vom Tiroler Landtag beschlossene Wahlabschließung über den italienischen Anlauf Tirols an das Deutsche Reich ist nunmehr auf Ersuchen der sächsischen Entente-Kommission von der Entente verbieten worden.

Das Eisenbahnmateriale für Polen
Warschau, 2. Febr. Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Russland schiebt
Moskau, 2. Febr. Das Zentralkomitee des allrussischen Verbandes der Angestellten hat an den Verband der Arbeiter in Warschau und an alle Arbeiter der Post in Polen um Anlauf des dort ausgebrochenen Streiks eine Gymnasialkundgebung gerichtet. Es heißt darin: Wir sind bereit und versuchen jede Möglichkeit zu benutzen, um euch alle Hilfe zu gewähren und materielle Unterstützung zu leisten.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.

Die sächsischen Abgeordneten haben sich gegen die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ausgesprochen. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Sachsen ist ein berechtigtes Anliegen. Die Forderung, dass das Reich die sächsischen Industrie- und Bergbauunternehmen mit billigen Darlehensmitteln und Subventionen unterstützen soll, ist eine unzulässige Forderung.